



Gemeinde
Köniz

Volksabstimmung 24. November 2024 Botschaft des Parlaments an die Stimmberechtigten

Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament (Stellvertretungslösung)

Teilrevision der Gemeindeordnung und des Reglements
über Abstimmungen und Wahlen

Abstimmungslokale

Sie haben die Möglichkeit, bei den nachstehenden Abstimmungslokalen **persönlich** an der Urne abzustimmen oder zu wählen. Das Lokal mit Stern (*) ist nicht rollstuhlgängig.

Gemeindehaus Bläuacker
Landorfstrasse 1, 3098 Köniz

Öffnungszeiten

Donnerstag, 21. November 2024, 16–18 Uhr
Freitag, 22. November 2024, 14–16 Uhr

Köniz (Oberstufenzentrum)
Liebefeld (Schulhaus Hessgut)
Wabern (Dorfschulhaus*)
Niederscherli (Schulhaus Bodengässli)
Niederwangen (Schulhaus Juch)

Öffnungszeiten

Sonntag, 24. November 2024, 10–12 Uhr

Briefliche Stimmabgabe

Verwenden Sie für die briefliche Stimmabgabe das beiliegende Kuvert und beachten Sie die Anleitung auf der Rückseite des Antwortkuverts. **Wichtig:** Der Stimmrechtsausweis ist im entsprechenden Feld zu unterschreiben und zusammen mit dem verschlossenen Stimmkuvert in das Antwortkuvert zu legen.

Übergeben Sie das Antwortkuvert entweder rechtzeitig und frankiert der Post oder werfen Sie dieses bis spätestens am Samstag, 14.00 Uhr (letzte Leerung), vor dem Abstimmungs- oder Wahltag in den Briefkasten beim Gemeindehaus Bläuacker, Köniz ein.

Das geltende Recht

finden Sie im Internet unter www.koeniz.ch
(Verwaltung > Reglemente/Verordnungen).
Sie können es auch telefonisch bei der Stabsabteilung
der Gemeinde Köniz bestellen: 031 970 91 11

Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament (Stellvertretungslösung)

Teilrevision der Gemeindeordnung und des Reglements
über Abstimmungen und Wahlen

Das Wichtigste in Kürze

Die Gemeinde Köniz will die Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie verbessern. Mitglieder des Parlaments sollen sich in bestimmten Fällen für eine begrenzte Zeit im Parlament vertreten lassen können. Dafür braucht es eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung¹ und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen².

Kern des kommunalen Organisations- und Wahlrechts

Mit der Stellvertretung soll geregelt werden, unter welchen Umständen sich Parlamentsmitglieder von einer Person, die ausserhalb des Parlaments steht und somit nicht durch die Gemeindebevölkerung gewählt ist, vertreten lassen dürfen. Dies betrifft den Kern des demokratischen Willensbildungsprozesses, weshalb dafür eine hohe Legitimation erforderlich ist. Aus diesem Grund braucht es für die Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen die Zustimmung der Stimmberechtigten.

Wichtiger Grund als Voraussetzung

Mitglieder des Parlaments sollen sich vertreten lassen können, wenn sie aus einem wichtigen Grund länger verhindert sind. Als wichtige Gründe gelten Elternschaft, Krankheit, Unfall, Pflege und Betreuung nahestehender Angehöriger in Notsituationen sowie längere Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen. Diese Aufzählung ist abschliessend.

Keine Stellvertretungen in Kommissionen und im Parlamentsbüro

Die stellvertretende Person soll im Parlament Einsitz nehmen und über dieselben Rechte und Pflichten wie ein ordentliches Mitglied verfügen. Stellvertretende sollen aber nicht Mitglieder des Parla-

¹ Gemeindeordnung (GO) vom 16. Mai 2004 (GO; 101.1)

² Reglement über Abstimmungen und Wahlen (RAW) vom 5. Juni 2005 (RAW; 141.1)

mentsbüros oder in vom Parlament gewählten oder eingesetzten Kommissionen sein können. Die Fraktion kann ein abwesendes Kommissionsmitglied mit einem anderen ordentlichen Parlamentsmitglied ersetzen, sodass die Kräfteverhältnisse unverändert bleiben.

Nomination der Stellvertretung

Stellvertretende sollen dieselbe demokratische Legitimation erhalten wie die ordentlichen Parlamentsmitglieder. Deshalb sollen dieselben Regeln gelten wie beim Nachrücken: Wenn ein Mitglied aus dem Parlament zurücktritt, kommen als Ersatz Personen von derselben Wahlliste in Frage. Sie werden angefragt in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei den Wahlen erreicht haben. Anschließend werden sie durch den Gemeinderat bestätigt. Dasselbe Verfahren soll auch bei den Stellvertretungen gelten.

Ausgangslage

Motion «Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament»

Im August 2021 erklärte das Parlament die Motion «Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament»³ als Postulat erheblich. Die Motionär:innen begründeten ihr Anliegen damit, dass Stellvertretungsregelungen aus der Privatwirtschaft und der Verwaltung nicht mehr wegzudenken seien und deshalb auch für die Politik den Zeichen der Zeit entsprechen würden. Der Gemeinderat hielt in seiner Stellungnahme zur Motion fest, dass die Möglichkeit für Parlamentsmitglieder, sich vertreten zu lassen, rechtlich zulässig sei, sofern sie auf Stufe Gemeindeordnung verankert wird. Er verweist zudem auf verschiedene bereits existierende oder geplante Regelungen in anderen Gemeinde- und Kantonsparlamenten.

Änderungen der Gemeindeordnung und des Reglements über Wahlen und Abstimmungen unterliegen der obligatorischen Volksabstimmung.⁴ Deshalb haben die Stimmberechtigten über diese Vorlage zu befinden.

³ Motion V2106 (Junge Grüne / Grüne)

⁴ Art. 32 Buchstabe a) und c) der Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004

Stellvertretungslösungen in anderen Gemeinwesen

Einige Regelungen sehen, anstelle von zeitlich begrenzten, ständige Stellvertretungen vor. Sie werden durch die ersten nichtgewählten Personen auf den Wahllisten ausgeübt, bzw. durch Personen, die auf spezielle Partei-Stellvertretungslisten gewählt worden sind (sog. Suppleanten). Dadurch wird jederzeit eine Stellvertretung ermöglicht, auch nur für eine Sitzung. Einige Kantone kennen auf Verfassungsstufe solche Stellvertretungsregelungen für die Mitglieder ihrer Parlamente. Im Kanton Bern wurden 2020 zwei Motionen zu einer Stellvertretungsregelung für den Grossen Rat abgelehnt.

Im Gemeindegesetz des Kantons Bern finden sich keine Vorschriften zu parlamentarischen Stellvertretungen. Der Kanton überlässt Regelungen dazu bewusst den Gemeinden.⁵

In Bern hat der Stadtrat im Februar 2024 den Vortrag des Gemeinderats betreffend Stellvertretungsregelung genehmigt. Die vorgeschlagene Lösung sieht vor, dass eine Stellvertretung während mindestens drei bis sechs Monaten ohne Angabe von Gründen möglich ist. Sie soll per Januar 2025 in Kraft treten.

In Biel wird am 1. Januar 2025 die totalrevidierte Stadtordnung in Kraft treten. Sie enthält eine Stellvertretungsregelung für die Stadtratsmitglieder, wenn sie voraussichtlich mindestens drei und maximal zwölf Monate verhindert sind. Die Einzelheiten wie beispielsweise die Verhinderungsgründe werden in der Geschäftsordnung geregelt.

Die Könizer Vorlage

Der Gemeinderat hat die verschiedenen kantonalen und kommunalen Modelle geprüft und hat sich bei der Ausgestaltung der Vorlage an den Bedürfnissen der Gemeinde Köniz orientiert. Deshalb soll eine Stellvertretung nur bei längerdauernder Verhinderung möglich sein (im Gegensatz zum in der Westschweiz verbreiteten Suppleantenmodell). Das Könizer Parlament tagt nicht so häufig. Es ist den Mitgliedern zumutbar, die Sitzungstermine grundsätzlich selbst wahrzunehmen. Der Gemeinderat erachtet es weiter als sinnvoll, von den Parlamentsmitgliedern eine Begründung für ihre Abwesenheit zu verlangen. Zudem sollen Stellvertretungen nur zulässig sein, wenn wichtige Gründe vorliegen. Von gewählten Volksvertreterinnen und -vertretern kann verlangt werden, dass sie ihrem

⁵ Vortrag des Regierungsrats an den Grossen Rat vom 2. Juli 1997 betreffend die Totalrevision des Gemeindegesetzes, S. 23

Mandat Priorität einräumen – ausser in den abschliessend aufgezählten Fällen. Können oder wollen sie dies nicht, so sollen sie zurücktreten und einer gewählten Ersatzperson das Nachrücken ins Parlament ermöglichen. Die Bestimmung der Stellvertretungsperson soll schliesslich im selben Verfahren stattfinden, das auch für die Bestimmung von Ersatzpersonen gilt, wenn ein Parlamentsmitglied aus dem Parlament ausscheidet.

Inhalt der Vorlage

Parlamentsmitglieder sollen sich für eine bestimmte Zeit vertreten lassen dürfen, wenn sie hierfür wichtige Gründe geltend machen können. Was als wichtiger Grund gelten kann, wird in der Vorlage abschliessend geregelt. Es sind dies: der Beginn der Elternschaft, Krankheit, Unfall, Pflege und Betreuung nahestehender Angehöriger in Notsituationen sowie längere Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen.

Bestimmung der Stellvertretung

Stellvertretungspersonen sollen nach demselben Verfahren bestimmt werden, das auch für Personen gilt, die für ein ausscheidendes Parlamentsmitglied nachrücken (sogenannte Ersatzpersonen).

Bestimmung von Ersatzpersonen

Scheidet ein gewähltes Mitglied während der Amtsdauer aus dem Parlament aus, so erklärt der Gemeinderat von der gleichen Liste die Ersatzperson mit den meisten Stimmen als gewählt. Kann oder will die Ersatzperson das Amt nicht antreten, rückt die nachfolgende Ersatzperson an ihre Stelle. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Sind auf der betreffenden Liste keine Ersatzpersonen mehr vorhanden, fordert die Gemeinde die seinerzeitigen Unterzeichnenden⁶ auf, einen Ersatzvorschlag einzureichen.

⁵ Listen mit Wahlvorschlägen müssen von mindestens zehn Stimmberechtigten unterzeichnet sein (gemäss Art. 27 Abs. 2 Buchstabe c des Reglements über Abstimmungen und Wahlen vom 5. Juni 2005)

Rechte und Pflichten der Stellvertretenden

Grundsätzlich kommen den Stellvertretenden dieselben Rechte und Pflichten zu wie den gewählten Parlamentsmitgliedern. Sie sind also verpflichtet, an den Parlamentssitzungen teilzunehmen und ihre Interessenbindungen offen zu legen. Sie können während den Parlamentssitzungen das Wort ergreifen, Anträge stellen, abstimmen, Vorstöße einreichen, Einsicht in alle amtlichen Akten verlangen und sie erhalten eine Entschädigung.

Das Mitglied, das vertreten wird, hat während seiner Abwesenheit keine Rechte und Pflichten im Parlament.

Lässt sich ein Parlamentsmitglied vertreten, so nimmt seine Stellvertretung an den Parlamentssitzungen teil. Was gilt aber, wenn das Parlamentsmitglied auch Mitglied des Parlamentsbüros oder Mitglied von Kommissionen ist? Eine Vertretung soll auch in diesen Fällen möglich sein – aber durch eine Person, die besser mit den Abläufen vertraut ist als die Stellvertretung, die ja nicht Parlamentsmitglied ist. Deshalb wird vorgeschlagen, dass ein Parlamentsmitglied die Stellvertretung im Parlamentsbüro und in Kommissionen übernimmt. Wer das ist, bestimmt die Fraktion oder Liste (Wählergruppe), zu der die Person gehört, die vertreten wird. So ist sichergestellt, dass die Kräfteverhältnisse in den Kommissionen unverändert bleiben.

Parlamentsbüro und Kommissionen

Das Parlamentsbüro unterstützt das Präsidium bei der Vorbereitung und Durchführung von Parlamentssitzungen. Darüber hinaus ist es beispielsweise zuständig für Entscheide über die Dringlichkeit von parlamentarischen Vorstößen und über Fristverlängerungen.

Ständige Kommissionen, die aus Parlamentsmitgliedern bestehen, sind die Geschäftsprüfungs-, die Redaktions- und die Finanzkommission. Das Parlament kann für Aufgaben, die in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, auch nichtständige Kommissionen einsetzen.

Finanzen

Die neue Regelung bringt einen gewissen zusätzlichen Aufwand mit sich: für den Gemeinderat, die Verwaltung, die Fachstelle Parlament und die Fraktionen/Wählergruppen.

Vorprüfung durch den Kanton

Änderungen der Gemeindeordnung (GO) und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen (RAW) unterliegen der Vorprüfung und Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern. Dieses hat die Vorlage geprüft und erachtet sie als genehmigungsfähig.

Was geschieht bei Annahme der Vorlage?

Die Mitglieder des Könizer Parlaments können sich für eine begrenzte Zeit im Parlament vertreten lassen. Die Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen werden nach der Abstimmung dem Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern zur Genehmigung eingereicht. Anschliessend wird der Gemeinderat über das Inkrafttreten bestimmen. Geplant ist, dass die neue Regelung zu Beginn der neuen Legislatur in Kraft tritt, das heisst per 1. Januar 2026.

Folgen bei Ablehnung der Vorlage?

Die Mitglieder des Könizer Parlaments können sich nicht für eine begrenzte Zeit vertreten lassen, da es keine rechtliche Grundlage gibt.

Argumente im Parlament

PRO

– Xxxxx

CONTRA

– Xxxxx

Antrag und Abstimmungsfrage

Mit xx zu xx Stimmen bei xx Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Änderung der Gemeindeordnung und des Reglements über Abstimmungen und Wahlen wird zugestimmt.
2. Der Gemeinderat bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung.

Abstimmungsfrage

Wollen Sie die Vorlage «Vereinbarkeit von Lokalpolitik, Beruf und Familie im Könizer Parlament (Stellvertretungslösung): Teilrevision der Gemeindeordnung sowie des Reglements über Abstimmungen und Wahlen» annehmen?

Köniz, xx. Xxxx 2024

Im Namen des Parlaments

Die Präsidentin: Arlette Münger

Die Leiterin Fachstelle Parlament: Verena Remund-von Känel

Gemeindeordnung vom 16. Mai 2004, Änderungsvorlage

Die Änderungsvorlage enthält nur Ergänzungen (keine Streichungen). Alle beabsichtigten *Ergänzungen* sind kursiv und blau dargestellt.

Art. 26 Wiederwählbarkeit

- 1 Die Amtszeit der Mitglieder der Gemeindeorgane und der Kommissionen ohne Entscheidungsbefugnis wird auf drei aufeinanderfolgende, ganze Amtsdauern beschränkt. *Die Zeit, während der sich ein Parlamentsmitglied nach Art. 38a vertreten lässt, wird ihm an die Amtsdauer angerechnet.*
- 1bis Wird eine Person anschliessend an zwei aufeinanderfolgende, ganze Amtsdauern als Mitglied des Gemeinderats neu als Gemeindepräsidentin oder Gemeindepräsident gewählt, ist eine einmalige Wiederwahl als Gemeindepräsidentin oder Gemeindepräsident zulässig.
- 2 Nach Ablauf der höchstens zulässigen Amtszeit ist eine erneute Wahl in dasselbe Organ bzw. dieselbe Kommission frühestens nach Ablauf einer vollen Amtsdauer möglich.
- 3 Die Wiederwählbarkeitsbeschränkungen gelten nicht für das Präsidium, Vizepräsidium und Sekretariat der Ausschüsse in Wahl- und Abstimmungsverfahren *sowie für die Stellvertretung eines Parlamentsmitglieds im Büro (Art. 40 Abs. 4) sowie in Kommissionen (Art. 41 Abs. 4, Art. 42 Abs. 4), deren Amtsdauer weniger als vier Jahre beträgt.*

Art. 38a Stellvertretung (neu)

- 1 *Die Mitglieder des Parlaments können sich bei einer länger dauernden Verhinderung aus wichtigem Grund vertreten lassen. Stellvertretungen können sich nicht vertreten lassen.*
- 2 *Als wichtige Gründe gelten Beginn der Elternschaft, Krankheit oder Unfall, Pflege und Betreuung nahestehender Angehöriger in Notsituationen sowie längere Militär-, Zivilschutz- und Zivildienstleistungen.*
- 3 *Eine Stellvertretung dauert mindestens drei und höchstens sechs Monate.*
- 4 *Ein Parlamentsmitglied kann sich während eines Jahres für höchstens sechs und während einer Amtsdauer für höchstens zwölf Monate vertreten lassen.*

- 5 *Stellvertretende Parlamentsmitglieder verfügen über die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder. Sie können aber nicht ins Büro oder in Kommissionen des Parlaments gewählt werden.*
- 6 *Während der Dauer der Stellvertretung ruhen die Rechte und Pflichten des vertretenen Mitglieds.*
- 7 *Die Bestimmung der Stellvertretung erfolgt nach dem Reglement über Abstimmungen und Wahlen.*

Art. 40 Büro

- 1 Das Parlament wählt jährlich in der ersten Sitzung aus seinen Mitgliedern sein Büro für ein Jahr.
- 2 Das Präsidium soll zwischen den Parteien wechseln. Die Präsidentin oder der Präsident kann nach Ablauf des Präsidialjahres für das folgende Jahr nicht wieder ins Präsidium gewählt werden.
- 3 Bei der Zusammensetzung des Büros ist auf die Vertretung der Parteien angemessen Rücksicht zu nehmen.
- 4 *Lässt sich ein Mitglied des Parlamentsbüros wegen einer längerdauernden Verhinderung aus wichtigem Grund im Parlament vertreten, so bestimmt dessen Fraktion oder, wenn es keiner Fraktion angehört, dessen Liste (Wählergruppe) die Stellvertretung für das Parlamentsbüro. Die Stellvertretung muss dem Parlament angehören.*

Art. 41 Geschäftsprüfungskommission

- 1 Das Parlament wählt aus seinen Mitgliedern das Präsidium, Vizepräsidium und die übrigen Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission für zwei Jahre.
- 2 Für die Zusammensetzung der Geschäftsprüfungskommission ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen des Parlaments ergeben hat.
- 3 Frauen und Männer sollen in der Kommission angemessen vertreten sein.
- 4 *Lässt sich ein Kommissionsmitglied wegen einer längerdauernden Verhinderung aus wichtigem Grund im Parlament vertreten, so bestimmt dessen Fraktion oder, wenn es keiner Fraktion angehört, dessen Liste (Wählergruppe) die Stellvertretung für die Kommission. Die Stellvertretung muss dem Parlament angehören.*

Art. 42 Kommissionen

- 1 Das Parlament wählt
 - a) die Mitglieder der ständigen Kommissionen mit Entscheidungsbefugnis;
 - b) die Mitglieder der von ihm eingesetzten ständigen Kommissionen ohne Entscheidungsbefugnis;
 - c) die Mitglieder der von ihm eingesetzten nichtständigen Kommissionen.
- 2 Für die Zusammensetzung der Kommissionen ist der Verhältnisschlüssel massgebend, der sich aus den letzten Wahlen des Parlaments ergeben hat.
- 3 Frauen und Männer sollen in den Kommissionen angemessen vertreten sein.
- 4 *Lässt sich ein Kommissionsmitglied wegen einer länger dauernden Verhinderung aus wichtigem Grund im Parlament vertreten, so bestimmt dessen Fraktion oder, wenn es keiner Fraktion angehört, dessen Liste (Wählergruppe) die Stellvertretung für die Kommission. Die Stellvertretung muss dem Parlament angehören.*

Reglement vom 5. Juni 2005 über Abstimmungen und Wahlen, Änderungsvorlage

Die Änderungsvorlage enthält keine Streichungen und sieht einen *zusätzlichen Artikel* vor, der nachfolgend ebenfalls blau und kursiv wiedergegeben wird.

Art. 50a Stellvertretung von Parlamentsmitgliedern (neu)

- 1 *Lässt sich ein Mitglied des Parlaments wegen einer länger dauernden Verhinderung aus wichtigem Grund vertreten (Art. 38a Gemeindeordnung), so bestimmt sich die Stellvertretung gemäss dem Verfahren für das Nachrücken im Parlament (Art. 50).*
- 2 *Verzichtet eine Ersatzperson auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung, so verzichtet sie nicht gleichzeitig auf die Möglichkeit des Nachrückens bei Ausscheiden eines Parlamentsmitglieds.*
- 3 *Rückt ein stellvertretendes Mitglied während der Stellvertretung nach oder steht es aus anderen Gründen nicht mehr als Stellvertretung zur Verfügung, so wird gemäss Absatz 1 eine neue Stellvertretung bestimmt, sofern die zu vertretende Restdauer mindestens drei Monate beträgt.*

